

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Orkan Özdemir (SPD)

vom 15. Juli 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. August 2026)

zum Thema:

Preisblätter, Vergaben und Kostenstruktur

und **Antwort** vom 2. September 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 7. September 2026)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Herrn Abgeordneten Orkan Özdemir (SPD)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/26919
vom 15. Juli 2026
über Preisblätter, Vergaben und Kostenstruktur

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung

Bezugszeitraum für die nachstehenden Fragen: die letzten 12 Monate, d. h. von [05/2025] bis [05/2026].

Die nachstehenden Auskünfte gliedern sich in zwei Kategorien:

- Namentliche Angaben (Ziffern 1 bis 3): Sie betreffen die Transparenz öffentlicher Vergabeentscheidungen – insbesondere Vergabedatum, Standort, Teilnahme und Rangfolge und werden mit namentlicher Nennung der Träger/Anbieter erbeten.
- Aggregierte, anbieterneutrale Auswertungen (Ziffern 4 und 5): Sie betreffen die Gehalts- und Kostenstruktur der Angebote und werden ausdrücklich aggregiert und ohne Nennung oder Zuordnung einzelner Träger/Anbieter erbeten, sodass Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse einzelner Bieter nicht berührt werden.

Sämtliche Auswertungen sollen sich, soweit nicht ausdrücklich anders bezeichnet, auf alle im Bezugszeitraum erfolgte Vergaben beziehen, nicht nur auf bezuschlagte Angebote.

Hinweise zur Beantwortung:

Einzelbeantwortung jeder nachstehend nummerierten Frage; Sammelantworten werden nicht erbeten.

Soweit Angaben nicht oder nicht in der erbetenen Form vorliegen, bitte jeweils um Mitteilung, (a) ob die Daten in anderer Form vorliegen, (b) seit wann eine Erfassung in der erbetenen Form unterbleibt und (c) aus welchem Grund.

Soweit erforderliche Auskünfte bei nachgeordneten oder beauftragten Stellen (z. B. der BIM GmbH) vorliegen, bitte um deren Einholung und Mitteilung.

Ich frage ich den Senat:

A. Übersicht der Vergaben und Rangfolge der Angebote (namentlich)

1. Bitte alle Vergabeverfahren des LAF zur Beschaffung von Betreiberleistungen für Flüchtlingsunterkünfte im Bezugszeitraum in tabellarischer Form auflisten. Bitte zugleich die Gesamtzahl der Verfahren und der insgesamt eingereichten Angebote angeben. Die Tabelle soll je Verfahren enthalten:

- a) laufende Nummer und Bezeichnung des Vergabeverfahrens,
- b) Datum der Zuschlagserteilung (Vergabedatum),
- c) Standort der Unterkunft (Adresse und Bezirk),
- d) gegebenenfalls Los,
- e) die Rangfolge sämtlicher teilnehmender Bieter mit namentlicher Nennung der Träger/Anbieter – Rang 1 = bezuschlagtes bzw. bestplatziertes Angebot, bis letzter Rang = schlechtestplatziertes Angebot.

B. Beteiligung der Träger/Anbieter und erzielte Platzierungen (namentlich)

2. Bitte in tabellarischer Form auswerten, welcher Träger/Anbieter sich an welchen Vergabeverfahren des Bezugszeitraums beteiligt und welchen Rang er jeweils erzielt hat. Die Tabelle soll je Träger/Anbieter enthalten:

- a) Name des Trägers/Anbieters,
- b) die Verfahren, an denen er teilgenommen hat (mit Bezug auf die laufende Nummer aus Ziffer 1),
- c) den jeweils erzielten Rang,
- d) die Anzahl der Teilnahmen insgesamt,
- e) die Anzahl der erteilten Zuschläge.

C. Preisabstände sowie Prüfung ungewöhnlich niedriger Angebote (§ 60 VgV)

Diese Auswertung dient der Beurteilung, ob die überwiegend bzw. ausschließlich preisbasierte Zuschlagserteilung zu auskömmlichen und qualitätssichernden Angeboten führt.

3. Bitte je Vergabeverfahren in tabellarischer Form angeben:

- a) die Gesamtangebotssumme des bezuschlagten Angebots (Rang 1),
- b) die Gesamtangebotssumme des am schlechtesten platzierten Angebots (letzter Rang),
- c) den Preisabstand zwischen Rang 1 und Rang 2, jeweils absolut (in Euro) und relativ (in Prozent).

4. In wie vielen Vergabeverfahren bzw. bei wie vielen Angeboten wurde im Bezugszeitraum eine Prüfung ungewöhnlich niedriger Angebote nach § 60 VgV durchgeführt? Bitte angeben:

- a) die Anzahl der geprüften Angebote,
- b) das jeweilige Ergebnis der Prüfung,
- c) die Anzahl der wegen fehlender Auskömmlichkeit ausgeschlossenen Angebote.

5. Wie stellt das LAF sicher, dass die in den Angeboten – insbesondere in den bezuschlagten Angeboten – kalkulierten Personalkosten und Gehälter auskömmlich sowie tarif- und mindestentgeltkonform im Sinne des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerlAVG) sind? Bitte das Prüfverfahren darstellen (Verfahren, geforderte Nachweise, zuständige Stelle).

Zu (A) 1 bis (C) 5: Bei den Antworten zu den Fragen 1. bis 5. sowie den dazugehörigen Anlagen handelt es sich um eine **Verschlusssache nur für den Dienstgebrauch**.

Die Antworten auf die Fragen (D) 6. bis F (10.) sind ohne die Anlage nicht als Verschlusssache zu behandeln.

Die umfassende Darlegung sensibler, zum Teil noch der Vergabekammer vorliegenden Daten aus Vergabeverfahren in der Anlage ist als Verschlusssache nur für den Dienstgebrauch einzustufen, weil durch die Veröffentlichung eine Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen des Landes Berlin nachteilig sein kann. Für Vergaben oberhalb der EU-Schwellenwerte ist § 5 VgV zu beachten. Danach muss der öffentliche Auftraggeber insbesondere die Vertraulichkeit von Teilnahmeanträgen, Angeboten einschließlich Anlagen, der Kommunikation sowie der Dokumentation über Öffnung und Wertung gewährleisten. Diese Unterlagen sind auch nach Abschluss des Vergabeverfahrens vertraulich zu behandeln.

Das Fragerecht und die Antwortpflicht gemäß § 45 Absatz 1 Verfassung von Berlin (VvB) unterliegen Grenzen, die durch das Bundesverfassungsgericht und den Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin näher konkretisiert worden sind. Die Anlage, in der sensible Daten zu Vergabeverfahren enthalten sind, ist als Verschlusssache nur für den Dienstgebrauch i. S. d. § 5 Nummer 4 der Anlage 6 zur GO Abgh und § 45 Absatz 4 der GGO I i. V. m. der Verschlusssachenanordnung (VSA) einzustufen. Es besteht ein öffentliches Interesse an der Geheimhaltung gemäß § 5 Nummer 4 der Anlage 6 zur GO Abgh und § 45 Absatz 4 der GGO I i. V. m. der VSA, da die Kenntnisnahme durch Unbefugte für das Interesse des Landes Berlin nachteilig sein kann.

Im Rahmen der Abwägung beiderseitiger Interessen nach dem Grundsatz der praktischen Konkordanz, bei der Entscheidung der Frage über die Veröffentlichung dieser Daten, wird durch Angaben der erfragten Daten in der Anlage als Verschlussache eine alternative Form der Beantwortung gewählt, die das Informationsinteresse des Abgeordnetenhauses unter Wahrung des Grundrechtsschutzes auf verhältnismäßige Weise befriedigt. Ohne das Gewicht des so ausgestalteten Fragerechts zu verkennen, ermöglicht die Nichtveröffentlichung dem Abgeordneten seine Kontrollrechte weitergehend wahrzunehmen.

D. Entwicklung der kalkulierten Gehälter je Berufsgruppe (aggregiert, anbieterneutral)

6. Die Preisblätter der Angebote enthalten Angaben zu den kalkulierten Gehältern je Berufsgruppe. Bitte die Entwicklung dieser angegebenen Gehälter je Berufsgruppe im Bezugszeitraum in tabellarischer Form darstellen, bezogen auf alle abgegebenen Angebote (nicht nur bezuschlagte). Bitte je Berufsgruppe angeben:

- a) Mittelwert,
- b) Minimum und Maximum,
- c) die zugrunde gelegte Bezugsgröße (z. B. Monatsbruttogehalt je Vollzeitäquivalent).

E Kostenstruktur der Angebote (aggregiert, anbieterneutral)

7. Bitte eine detaillierte, tabellarische Preisanalyse über alle im Bezugszeitraum abgegebenen Angebote – ohne Nennung oder Zuordnung von Trägern/Anbietern – erstellen, aus der je Verfahren bzw. Los der Anteil der folgenden Kostenbestandteile an den Gesamtkosten hervorgeht:

- a) Personalkosten (in %),
- b) sonstige Kosten (in %),
- c) Verwaltungsgemeinkosten (in %),
- d) kalkulatorischer Gewinn (in %).

Bitte zusätzlich je Position den Mittelwert sowie die Spannbreite (Minimum/Maximum) über alle Angebote angeben.

8. Bitte die Auswertungen zu den Ziffern 6 und 7 nach den relevanten Losen, Unterkünften bzw. Verfahren strukturieren (sofern eine solche Struktur vorhanden ist) und durchgängig anbieterneutral darstellen.

F Methodik, Datengrundlage und Vollständigkeit

9. Bitte die der Auswertung zugrunde gelegte Methodik und die verwendeten Definitionen angeben, insbesondere:

- a) wie „Personalkosten“, „sonstige Kosten“, „Verwaltungsgemeinkosten“ und „kalkulatorischer Gewinn“ jeweils definiert und voneinander abgegrenzt werden,
- b) auf welcher Datengrundlage (Preisblätter, sonstige Angebotsunterlagen) die Auswertung beruht,
- c) ob und in welcher strukturierten Form diese Daten beim LAF vorgehalten werden.

10. Sofern die unter den Ziffern 1 bis 9 erbetenen Angaben nicht oder nicht vollständig vorliegen: Bitte angeben, ob die zugrunde liegenden Unterlagen (insbesondere Preisblätter und Vergabedokumentationen) beim LAF vorliegen, ob eine Auswertung mit zumutbarem Aufwand möglich ist und – falls eine Auswertung unterbleibt – aus welchem Grund.

Zu 6. bis 10.: Derartige statistische Erhebungen und strukturierte Auswertungen in der abgefragten Detailtiefe werden im LFU (Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten und Unterbringung) nicht durchgeführt, da das Kernmandat in der ordnungsgemäßen und rechtskonformen Durchführung der einzelnen Vergabeverfahren sowie der Verwaltung der Unterkünfte zur Unterbringung von Geflüchteten und wohnungslosen Menschen liegt, für deren operative Abwicklung solche übergreifenden Statistiken keinen unmittelbaren Mehrwert darstellen. Jedes Verfahren ist vergaberechtlich als Einzelfall zu betrachten und zu bewerten, wobei ohnehin weder spezifische Auswertungswerkzeuge noch die personellen Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden, um derart komplexe, verfahrensübergreifende Datenanalysen zu erstellen. Die nachträgliche händische Erfassung und wissenschaftliche Aufarbeitung würde einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand bedeuten, der vor dem Hintergrund der bestehenden personellen Ausstattung und der Herausforderungen der vergangenen Jahre nicht darstellbar ist.

Berlin, den 02. September 2026

In Vertretung

Aziz Bozkurt

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung